

Testatexemplar

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014
und Lagebericht

Eigenbetrieb
Kindertagesstätten Offenbach,
Offenbach am Main

Bestätigungsvermerk

Für den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Kindertagesstätte Offenbach, Offenbach am Main, zum 31.12.2014 in der Fassung der Anlagen 1 bis 3 sowie für den zugehörigen Lagebericht (Anlage 4) erteilen wir folgenden unein-geschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebs Kindertagesstätte Offenbach, Offenbach am Main, für das Wirtschaftsjahr vom 1.1. bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie Regelungen in der Betriebsatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Stuttgart, den 4. Mai 2015



EversheimStuible Treuberater GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


Schnäbele
Wirtschaftsprüfer


ppa. Hartmann
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts **in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form** bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, **sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird**; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

A n h a n g

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB und des Eigenbetriebsgesetzes aufgestellt worden.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend den branchenüblichen Nutzungsdauern, angesetzt. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bemessen.

Die Zugänge von geringwertigen Anlagegütern wurden im Jahr des Zuganges sofort abgeschrieben. 2008 und 2009 wurden die beweglichen Gegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von EUR 1.000 in einem Sammelposten erfasst und dieser wird auf die Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert bis EUR 150 werden im Jahr des Zugangs abgeschrieben. Seit 2010 werden die beweglichen Gegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von EUR 410 im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Der Eigenbetrieb hat im Wesentlichen keine Lagerhaltung. Die ausgewiesenen Vorräte (Beschäftigungsmittel und Lebensmittel) sind mit einem Festwert angesetzt. Dieser wurde im Berichtsjahr überprüft und mit dem Verbraucherpreisindex (Stand Dezember 2014) angepasst.

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die Bewertung erfolgt nach dem Nennwert. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen angemessen Rechnung getragen.

Bei den Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken angemessen berücksichtigt und in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Soweit Abzinsungen notwendig waren, wurden die von der Bundesbank veröffentlichten Abzinsungssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Eventualverbindlichkeiten liegen nicht vor.

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1. Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2014 einschließlich der kumulierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der kumulierten Abschreibungen wird auf die separat dargestellten Anlagespiegel des Eigenbetriebes verwiesen.

3.2. Vorräte

Als Vorräte werden TEUR 63 Beschäftigungsmittel und TEUR 20 Lebensmittel ausgewiesen.

3.3. Eigenkapital

Das Stammkapital wurde entsprechend der Betriebssatzung mit TEUR 2.301 ausgewiesen. Mit Einführung des BilMoG ist eine offene Absetzung des nicht eingeforderten Stammkapitals verpflichtend, d.h. der Ausweis des Stammkapitals beträgt nun EUR 0,00.

3.4. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen teilen sich wie folgt auf:

	Stand 01.01.2014 Euro	Verbrauch/ Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Altersteilverpflichtungen	787.291,00	293.968,00	30.510,00	523.833,00
Noch nicht genommener Urlaub	145.546,21	145.546,21	200.953,19	200.953,19
Gleitzeitguthaben	9.473,95	9.473,95	9.270,91	9.270,91
Jubiläumsrückstellung	171.148,00	52.143,00	7.967,00	126.972,00
	<u>1.113.459,16</u>	<u>501.131,16</u>	<u>248.701,10</u>	<u>861.029,10</u>
Jahresabschlusskosten	24.727,30	24.727,30	27.300,00	27.300,00
Rückzahlung Sprachförderung Freie Träger	11.797,75	11.797,75	0,00	0,00
Sprachförderung Land Hessen	28.000,00	28.000,00	55.000,00	55.000,00
Rückstellung Sprachförderung	600.000,00	79.000,00	0,00	521.000,00
Rückzahlung Integrationskinder	125.000,00	125.000,00	160.000,00	160.000,00
Stadtkasse	100.000,00	100.000,00	0,00	0,00
Ausstehende Rechnungen	4.000,00	4.000,00	1.000,00	1.000,00
Betriebsprüfung	2.250,00	0,00	250,00	2.500,00
Archivierung Geschäftsunterlagen	12.000,00	2.160,00	2.160,00	12.000,00
	<u>2.021.234,21</u>	<u>875.816,21</u>	<u>494.411,10</u>	<u>1.639.829,10</u>

Die Rückstellungen im Personalbereich haben sich aufgrund von Zuführung, Verbrauch und Auflösung um insgesamt TEUR 252 verringert. Die Sonstigen Rückstellungen wurden für mögliche Kürzungen des Sozialhilfeträgers für Fehlzeiten von Integrationskindern (TEUR 160), für die Sprachförderung (TEUR 55), für Aufbewahrungskosten (TEUR 12), für die Drohverlustrückstellung Sprachförderung (TEUR 521) und für Betriebsprüfungen (TEUR 2) gebildet. Die Auflösung in Höhe von TEUR 72 wurde in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

3.5. Verbindlichkeiten

Die passivierten Verbindlichkeiten sind insgesamt innerhalb eines Jahres fällig. Die Verbindlichkeiten teilen sich wie folgt auf:

	<u>TEUR</u>
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	15.211
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.181
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	184
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>243</u>
	<u>16.819</u>

Die Verbindlichkeiten sind bis auf die Anzahlung des Verlustes 2014 und den erhaltenen Anzahlungen Sonderzuwendung Land Mehraufwand im Wesentlichen bis zum heutigen Tag beglichen.

3.6. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten betrifft im Wesentlichen die Einzahlungen der Einzelintegrationskinder für den Monat Januar 2015.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden gegliedert in:

	<u>TEUR</u>
Elternbeiträge	4.608
Ersatz von Essenskosten	1.911
Klinikum Randzeitenbetreuung	27
Zuweisung des Bundes	100
Zuweisungen des Landes	3.522
Sprachförderung Jugendamt	200
Europäischer Sozialfonds	65
Zuschuss Integration Sozialhilfeträger	1.758
Personalkostenerstattung Jugendamt	<u>627</u>
	<u>12.818</u>

Mit Urteil des Bundesfinanzhofs vom 12. Juli 2012 Rechtstellung von Kindertagesstätten als Betriebe gewerblicher Art (BgA) wurden Kindertagesstätten grundsätzlich als BgA's kategorisiert.

Um mögliche steuerliche Nachteile (Körperschaftsteuer) für den kommunalen Haushalt bzw. den EKO auszuschließen, wird die Finanzierung auf die Form der Verlustabdeckung umgestellt.

Mit Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2012 wurde daher beschlossen, dass die geltenden Richtlinien für Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten der Stadt Offenbach am Main mit Wirkung vom 01.07.2012 auf den EKO nicht mehr anzuwenden sind.

4.2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 843 beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen TEUR 72, Selbstlernzentrum Personalbereitstellung TEUR 110, Klinikum Personalgestellung TEUR 43, Netzwerk Elternschule TEUR 37, Netzwerk Frühe Hilfe Familienhebammen TEUR 76, Zuzahlung Mittagessen TEUR 72, Zuschüsse der BA für die Arbeitsplatzneubesetzung nach dem Altersteilzeitgesetz TEUR 162, Zuschüsse Schwerbehinderten-Ausgleich TEUR 41, Zuschüsse Mutterschutz in Höhe von TEUR 99 sowie periodenfremde Erträge (Evang. Kirchengemeinde 2013, Inbas Projektabrechnung 2009-2013 und ZVK Umlagenerstattung 2013) in Höhe von TEUR 71.

4.3. Materialaufwand

TEUR

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	997
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>2.066</u>
	<u>3.063</u>

4.4. Personalaufwand

TEUR

Löhne und Gehälter	15.589
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>4.394</u>
	<u>19.983</u>

Mitarbeiterzahlen:

	<u>Durchschnitt</u>	<u>31.12.14</u>
Beamte	1	1
Angestellte	452	460
Praktikanten	<u>42,25</u>	<u>49</u>
	495,25	510

Zum 31.12.2014 sind in der Verwaltung 13 Angestellte und 1 Beamte beschäftigt. Die Beamten werden im Stellenplan der Stadt Offenbach am Main geführt.

Die Gesellschaft ist Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse (ZVK) Darmstadt und im HKAV (Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände in Frankfurt am Main). Die ZVK Darmstadt gewährt den Arbeitnehmern als Betriebsrente zusätzliche Versorgungsleistungen (Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten für Versicherte sowie Hinterbliebenenrenten) nach Maßgabe ihrer Satzung. Für 2014 wurde ein Umlagesatz einschließlich des Arbeitnehmeranteils (0,5%) von 6,2 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (= Bemessungsgrundlage) erhoben. Hinzu kommt noch ein vom Arbeitgeber zu tragendes Sanierungsgeld in Höhe von 2,3 % der Bemessungsgrundlage.

4.5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die planmäßigen Abschreibungen betragen TEUR 128. Auf Zugänge des Geschäftsjahres wurden TEUR 37 an Abschreibungen verrechnet.

4.6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Als Sonstige betriebliche Aufwendungen werden TEUR 2.023 ausgewiesen.

Wesentliche Posten sind:	<u>TEUR</u>
Verwaltungskostenbeiträge, Personalkostenerstattungen und Kosten Fachberatung	880
Bildung von Rückstellungen	216
Versicherungsbeiträge	167
Fort- und Weiterbildungskosten inkl. Sprachförderung, Einzelintegration und Supervision	309
Prüfungs-, Buchführungs- sowie Rechts- und Beratungskosten	103
Aufwendungen für Unterhaltung und Reparaturen/Dienstleistungen	152

5.0. Zinsaufwand

Durch die Aufzinsung nach BilMoG sind für die Altersteilzeit- und die Jubiläumsrückstellungen Zinsen in Höhe von TEUR 39 entstanden.

Kennzahlen zum Jahresabschluss/Ergänzende Angaben

Durch die Aufgabenstellung bedingt, benötigten die Kindertagesstätten Offenbach im Wesentlichen pädagogisches Personal, Reinigungs- und Hauswirtschaftspersonal sowie Beschäftigungsmaterial. Daraus resultiert, dass für Erhaltung der Liquidität permanent kurzfristige Mittel zur Verfügung stehen müssen. Langfristig gebundenes Kapital ist derzeit nur bedingt notwendig.

Um die Entwicklung der Kindertagesstätten Offenbach darstellen zu können, werden die umgruppierten Werte der Gewinn- und Verlustrechnung 2013 und 2014 verglichen.

Anlage 3/Blatt 6

	Gewinn und Verlustrechnung	Gewinn und Verlustrechnung	Abweichung
	2014 TEUR	2013 TEUR	TEUR
Einnahmen:			
Betriebskostenzuschuss der Stadt Offenbach	0	0	0
Elternbeiträge	4.608	4.211	397
Ersatz von Essenskosten	1.911	1.814	97
Klinikum Randzeitenbetreuung	27	32	-5
Zuweisungen des Bundes	100	97	3
Zuweisungen des Landes	3.522	2.529	993
Sprachförderung Jugendamt	200	200	0
Zuschuss Integration Sozialhilfeträger	1.758	1.664	94
Personalkostenerstattung Jugendamt	627	612	15
Zuschuss ESF	65	111	-46
Sonstige betriebliche Erträge	843	1.241	-398
Zwischensumme:	13.661	12.511	1.150
Ausgaben:			
Materialaufwand	3.063	2.945	118
Personalaufwendungen	19.983	18.155	1.828
Abschreibungen	128	140	-12
Sonstige Aufwendungen	2.023	2.496	-473
Betriebssteuern	0	0	0
Zinsertrag	-10	0	-10
Zinsenaufwand	39	62	-23
Zwischensumme:	25.226	23.798	1.428
Verlust (-)/Überschuss	-11.565	-11.287	-278

	Gewinn und Verlustrechnung 2014 TEUR	Wirtschaftsplan 2014 TEUR	Abweichung TEUR
Einnahmen:			
Betriebskostenzuschuss der Stadt Offenbach	0	0	0
Elternbeiträge	4.608	4.390	218
Ersatz von Essenskosten	1.911	1.840	71
Klinikum Randzeitenbetreuung	27	20	7
Zuweisung des Bundes	100	90	10
Zuweisungen des Landes	3.522	4.155	-633
Sprachförderung Jugendamt	200	200	0
Zuschuss Integration Sozialhilfeträger	1.758	1.000	758
Personalkostenerstattung Jugendamt	627	627	0
Zuschuss ESF	65	74	-9
Sonstige betriebliche Erträge	843	348	495
Zwischensumme:	13.661	12.744	917
Ausgaben:			
Materialaufwand	3.063	3.925	-862
Personalaufwendungen	19.983	21.523	-1.540
Abschreibungen	128	165	-37
Sonstige Aufwendungen	2.023	2.226	-203
Sonstige Steuern	0	1	-1
Zinsertrag	-10	0	-10
Zinsenaufwand	39	0	39
Zwischensumme:	25.226	27.840	-2.614
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Verlust (-)/Überschuss	-11.565	-15.096	3.531

Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen beträgt insgesamt TEUR 18.

6. Ergänzende Angaben

Organe des Eigenbetriebes sind die Betriebsleitung, die Betriebskommission, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung.

6.1 Betriebsleitung

Dorenburg, Hermann
(Diplomsoziologe)
Betriebsleiter

Kaufmann-Reis, Claudia
(Diplomsozialarbeiterin)
stv. Betriebsleiterin

Die Angabe der Bezüge der Betriebsleitung unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB.

6.2 Betriebskommission

Mitglieder der Betriebskommission, die sich am 17.08.2011 konstituiert hat, sind:

Stathakis, Brigitte (kaufmännische Angestellte)	(wieder gewählt 16.06.2011)
Weiland, Michael (Senior Produktmarketing Manager)	(seit 16.06.2011)
Marx, Gertrud (Angestellte)	(seit 16.06.2011)
Harmanci, Mehmet (Angestellter)	(seit 16.06.2011)
Grünewald, Christian (Diplom Chemiker)	(seit 16.06.2011)
Schmitt Susanne (Diplom Pädagogin)	(seit 16.06.2011)
Helduser, Gertrud (Lehrerin im Ruhestand)	(wieder gewählt 16.06.2011)
Dingeldein, Stefan (Fotograf)	(seit 16.06.2011)
Personalrat: Hahner, Anneli (Erzieherin)	(von 03.12.2009 bis 06.06.2013)
Visuian Karin (Erzieherin)	(seit 06.06.2013)
Stenger, Ursula (Erzieherin)	(seit 23.09.2004)

Mitglieder nach Betriebssatzung:

Schneider, Horst (Oberbürgermeister)	(seit 20.01.2006)
Schneider, Peter (Bürgermeister)	(seit 07.09.2012)

Vom Magistrat entsandt:

Jungbluth, Wilfried
(Lehrer/Studienleiter)

(seit 01.10.1997)

Hamman, Günther
(Polizeihauptkommissar)

(seit Juni 2006)

Ständige Teilnahme an den Beratungen Betriebskommission:

Reichbauer, Ingrid (Frauenbeauftragte der Stadt Offenbach)
(Verwaltungsangestellte)

Ergebnisverwendung

Die Betriebsleitung schlägt vor, dass der Jahresverlust 2014 in Höhe von TEUR 11.565 von der Stadt Offenbach auszugleichen ist.

Offenbach am Main, den 26.03.2015

Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach

Dorenburg
Betriebsleiter

Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach

Anlagennachweis zum 31.12.2014

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			Kennzahlen						
	Anfangsstand 01.01.2014 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	Endstand 31.12.2014 €	Anfangsstand 01.01.2014 €	Abschreibungen des Wirtschaftsjahres €	angesamelte Abschreibungen auf Abgänge €	Endstand 31.12.2014 €	Restbuchwerte 31.12.2014 €	Restbuchwerte 31.12.2013 €	durchschnittlicher Abschreibungssatz %	durchschnittlicher Restbuchwert %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12.207,45	0,00	0,00	0,00	12.207,45	11.828,45	327,00	0,00	12.155,45	52,00	379,00	2,7	0,4
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	12.207,45	0,00	0,00	0,00	12.207,45	11.828,45	327,00	0,00	12.155,45	52,00	379,00	2,7	0,4
II. Sachanlagen													
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.461.377,03	129.692,39	28.450,98	0,00	1.562.618,44	919.695,03	122.790,25	26.503,84	1.015.981,44	546.637,00	541.682,00	7,9	35,0
2. Fahrzeuge	30.826,16	0,00	0,00	0,00	30.826,16	6.850,16	5.138,00	0,00	11.988,16	18.838,00	23.976,00	16,7	61,1
Summe Sachanlagen	1.492.203,19	129.692,39	28.450,98	0,00	1.593.444,60	926.545,19	127.928,25	26.503,84	1.027.969,60	565.475,00	565.658,00	8,0	35,5
Summe Anlagevermögen	1.504.410,64	129.692,39	28.450,98	0,00	1.605.652,05	938.373,64	128.255,25	26.503,84	1.040.125,05	565.527,00	566.037,00	8,0	35,2

Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach

Anlagennachweis zum 31.12.2014

Nach Bereichen	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Abschreibungen			Restbuchwerte 31.12.2014	Restbuchwerte 31.12.2013	Kennzahlen				
	Anfangsstand 01.01.2014	Endstand 31.12.2014	Zugang	Abgang	Umbuchungen			Anfangsstand 01.01.2014	Endstand 31.12.2014	Abschreibungen des Wirtschaftsjahres	angesammete Abschreibungen auf Abgänge	Endstand 31.12.2014
I. Verwaltung	95.427,91	98.355,77	3.721,86	794,00	0,00	60.839,91	69.801,77	9.755,86	794,00	69.801,77	9,9	29,0
II. Kindertagesstätten	1.408.982,73	1.507.296,28	125.970,53	27.656,98	0,00	877.533,73	970.323,28	118.489,39	25.709,84	970.323,28	7,9	35,6
Summe Anlagevermögen	1.504.410,64	1.605.652,05	129.692,39	28.450,98	0,00	938.373,64	1.040.125,05	128.255,25	26.503,84	1.040.125,05	8,0	35,2

LAGEBERICHT

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr 2014

In 1996 wurden die vorhandenen 16 Städtischen Kindertagesstätten einschließlich der zugehörigen Verwaltung rückwirkend zum 01. Januar 1996 in den Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach überführt. In den Folgejahren kamen fünf neue Kindertagesstätten hinzu und eine wurde geschlossen. Mitte 2005 wurde der Betrieb einer weiteren Kindertagesstätte (Kita 4 Mathildenstraße) aufgenommen und im September 2009 eröffnete der EKO auf dem Gelände der Klinikum Offenbach GmbH eine gemeinsam von Stadt Offenbach und der Klinikum Offenbach GmbH neu errichtete Kindertagesstätte mit 239 Plätzen nach Betriebserlaubnis. Seit September 2013 kam die Kita 26 hinzu. Derzeit ist der EKO verantwortlich für den Betrieb von 26 Kindertagesstätten.

Neben der Reorganisation von Verwaltung und pädagogischem Management wird und wurde an der transparenteren Abwicklung von Vorgängen und Abläufen gearbeitet. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie insbesondere den Leiterinnen der Einrichtungen wurde an einem neuen Selbstverständnis des Dienstleistungsunternehmens EKO gearbeitet. Ziel war, eine kundenorientierte Optimierung der Dienstleistung des Unternehmens zu erreichen und dieses im Sinne von Corporate-Identity im Selbstverständnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verankern. Das neue Grundlagenpapier zum Selbstverständnis und Profil des EKO befindet sich derzeit in der Endabstimmung zwischen Betriebsleitung und pädagogischen Leitungen einerseits wie Leitungen der Kindertagesstätten unter Einbezug deren Teams. Es ist beabsichtigt, nach Abschluss der betriebsinternen Diskussion, das fertiggestellte Grundlagenpapier den politischen Entscheidungsgremien zum Beschluss vorzulegen.

Bedarfsgerechte Angebote, Kundenorientierung, Festlegung und Durchsetzung von Qualitätsstandards der Betriebsstrukturen in der pädagogischen wie Verwaltungsarbeit sowie Wirtschaftlichkeit und Kostenbewusstsein, bezogen auf alle Aktivitäten des Eigenbetriebs Kindertagesstätten, sind Leitorientierung des Betriebes und werden kontinuierlich weiterentwickelt.

Um jederzeit die Erfüllung des Rechtsanspruches zu gewährleisten, wurde im Laufe des Jahres 2001 die Auslastung aller Gruppen und Kindertagesstätten auf die - maximal nach Landesrichtlinien und Betriebserlaubnis - zulässige Platzzahl ausgedehnt. Dies veränderte und verändert die Auslastung des im Wirtschaftsplan vorgelegten Stellenplanes. In 2004 kam die Entscheidung hinzu, die Vormittagsbetreuung von Hortkindern einzustellen und die gewonnenen Raum- beziehungsweise Personalkapazitäten zur Erweiterung des Angebotes für bis zu 250 Kindergartenplätze zu nutzen. Die damit verbundenen erheblichen Umstellungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderten insbesondere im Geschäftsjahr 2005 ein überdurchschnittliches Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Nachfrage nach diesen Plätzen ist seit 2006 rückläufig und der fortschreitende Ausbau mit Kindergartenplätzen stadtweit machte dieses wenig bedarfsgerechte Angebote nahezu überflüssig. Zwischenzeitlich hat die Jahrgangspopulation nochmals zugenommen und das Angebot wird wieder stärker nachgefragt. Bevor nicht weitere Einrichtungen, die sich seitens des Magistrats in der Planungsphase befinden, errichtet sein werden, kann dieses in Grenzen bedarfsgerechte Angebot nicht eingestellt werden.

Durch Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen konnten in den Kitas (3) Rödernstraße, (4) Mathildenstraße und (15) Goethestraße insgesamt 90 zusätzliche Kindergartenplätze im Laufe des Jahres 2006 angeboten werden.

Anlage 4/Blatt 2

In Kooperation mit der Eichendorff-Schule wurden ab Herbst 2006 für eine Grundschulklasse bis zu 25 Hortplätze durch den EKO an der Schule geschaffen. Das Angebot wurde gut angenommen. Im Herbst 2007 wurde für eine weitere Jahrgangsstufe dieses Modell weitergeführt. Im Herbst 2008 wurde das Modell auf die Goethe- sowie Buchhügelschule ausgedehnt und in der Eichendorff-Schule kam die dritte Jahrgangsstufe hinzu. Mit dem Schuljahr 2009/2010 kamen die entsprechenden Jahrgangsstufen in den vorgenannten Schulen hinzu und in der Uhlandschule wurde in der Jahrgangsstufe 1 ebenfalls nach diesem Modell eine Hort / Ganztagsklasse eingerichtet. Zum 1.8.2011 sind in der Kita 6 (Goetheschule) 2 weitere Hortgruppen als Ganztagsklassen und in der Kita 22 (Kita Bleichstraße) und 23 (KT an der Mathildenschule) jeweils 1 Hortgruppe als Ganztagsklasse hinzugekommen. Eine Kindergartengruppe in der Kita (6) Bernardstraße musste entfallen.

An der Beethovensschule - Kita (25) Beethovenstraße - konnten in der ersten Jahrgangsstufe zum Schuljahr 2012/13 zwei Ganztagsklassen eingerichtet werden. Zum Schuljahr 2013/14 kamen zwei weitere Ganztagsklassen (2. Jahrgangsstufe) hinzu. Im Herbst 2014 wurden dort 2 Ganztagsklassen für die 3 Jahrgangsstufe eingerichtet.

Es ist beabsichtigt, dieses Modell weiter auszubauen. Langfristig sollen weitere Grundschulen in Kooperation mit dem EKO nach diesem Modell Ganztagsklassen anbieten und möglichst mehrzünftig ausbauen.

Mit dem Nachtragswirtschaftsplan 2008 hatte der EKO ein umfassendes Programm Qualitätspolitik aufgelegt. Neben Maßnahmen zur Verbesserung der personellen Ausstattung wurden zusätzliche Angebote von Coaching und Supervision eingeführt und ein dreijähriges umfassendes Weiterbildungsprogramm für das gesamte pädagogische Personal aufgelegt. Insgesamt wurden hierfür in 2008 TEUR 162, in 2009 TEUR 647, in 2010 TEUR 834, in 2011 TEUR 837 und in 2012 T€ 288 aufgewendet. Das auf ca. 3 Jahre mit kalkulierten Jahreskosten von ca. TEUR 900 angelegte Programm benötigte für seine Durchführung mehr Zeit als in der ehrgeizigen Planung vorgesehen. Es wurde in der 1. Hälfte des Jahres 2012 abgeschlossen.

Im Wirtschaftsplan 2013 waren die notwendigen Mittel zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Weiterbildungsprogramms vorgesehen und wurden entsprechend eingesetzt. In 2014 wurde die Kooperation mit Hochschulen und Fachhochschulen zur Erhaltung des erreichten Qualitätsstandards fortgesetzt, aber mit geringerem Aufwand, da die Zeitressourcen der Betriebsleitung und päd. Leitungen nur einen begrenzten Umfang zuließen. Das Nachhaltigkeitsprogramm für die Kitas wurde fortgesetzt.

Außerdem wurde ein konzentriertes Förderprogramm Qualitätsanhebung in der Sprachförderung für 20 Einrichtungen aufgelegt. Die erste Welle mit 10 beteiligten Kitas begann in 2014.

1.1. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Kernbereich der Dienstleistungen des EKO kommen in erheblichem Umfang zusätzliche, neue bzw. veränderte Aufgaben auf den Betrieb zu. Auf Grund der demografischen Situation in Offenbach, insbesondere bei der Altersgruppe „3 Jahre bis Einschulung“, musste der Betrieb bis Ende 2014 seine Einrichtungen weiterhin zu möglichst 100% der maximal zulässigen Gruppenstärke auslasten. Da die Nachfrage bei nahezu 98% der Rechtsanspruchspopulation liegt, entspannt sich der Auslastungsdruck noch immer nicht vollständig. Die Schaffung weiterer Kindergartenplätze wird nach wie vor verfolgt und bleibt dringend notwendig. An zwei Standorten (ehem. MAN-Rolandgelände und Hafenschule) wird mit dem Bau bzw. der konkreten Bauplanung in 2015 begonnen. Beide Einrichtungen sollen voraussichtlich 2017 od. spätestens 2018 in Betrieb gehen.

Anlage 4/Blatt 3

Mit Urteil des Bundesfinanzhofs vom 12. Juli 2012 zur Rechtstellung von Kindertagesstätten als Betriebe gewerblicher Art (BgA) wurden Kindertagesstätten grundsätzlich als BgA's kategorisiert. Um mögliche steuerliche Nachteile (Körperschaftsteuer) für den kommunalen Haushalt bzw. den EKO auszuschließen, wurde die Finanzierung auf die Form der Verlustabdeckung umgestellt.

Mit Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2012 wurde daher beschlossen, dass die geltenden Richtlinien für Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten der Stadt Offenbach am Main mit Wirkung vom 01.07.2012 auf den EKO nicht mehr anzuwenden sind.

Die Zuweisungen des Landes beliefen sich auf 2.660 TEUR. Trotz der mit dem KiFöG eingetretenen, erhöhten Landesförderung bleibt der Anteil an den Aufwendungen weit unter dem eigentlich nach dem Konnexitätsprinzip zu tragendem Anteil aufgrund der Einführung der Rechtsansprüche auf Kita- und Krabbelplätze sowie der Standardsetzungen durch das KiFöG.

Umsatzerlöse:

	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung TEUR
Betriebskostenzuschuss der Stadt Offenbach	0	0	0
Elternbeiträge	4.608	4.211	397
Ersatz von Essenskosten	1.911	1.814	97
Klinikum Randzeitenbetreuung	27	32	-5
Zuweisung des Bundes	100	97	3
Zuweisungen des Landes	3.522	2.529	993
Zuschuss ESF	65	111	-46
Sprachförderung Jugendamt	200	200	0
Zuschuss Integration Sozialhilfeträger	1.758	1.664	94
Personalkostenerstattung Jugendamt	627	612	15
	12.818	11.270	1.548

1.2. Entwicklung wesentlicher Aufwandstreiber

Auch zukünftig muss an der positiven Produktivitätsentwicklung des EKO der letzten Jahre weiter gearbeitet und entwickelt werden. In den Bereichen Hauswirtschaft und Reinigung können langfristig noch immer geringfügige Kostensenkungen realisiert werden. Die Kostenstruktur der Verwaltung sollte hinsichtlich ihrer Produktivität auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden, es ist jedoch nicht zu erwarten, dass hier noch größere Produktivitätsspielräume aufgetan werden können. Derzeit wird an weiteren organisatorischen wie technischen Maßnahmen (Optimierung des Einsatzes von Software) der Produktivitätssteigerung der Verwaltung gearbeitet. In 2015 wird eine Veränderung der Service-Organisation (zentrale Anlaufstelle für den Publikumsverkehr) erprobt werden. Auch hier ist die Gewinnung von Produktivitätsspielräumen das Ziel.

Im pädagogischen Bereich wird weiterhin der Schwerpunkt "Integration von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund" sowie die Vorbereitung auf die Anforderungen des Schulsystems im Zentrum des Auftrages der Kindertagesstätten bleiben. Der Erwerb der deut-

Anlage 4/Blatt 4

schen Sprache bleibt Schwerpunkt des Bildungsauftrages der Elementarbildung. Dies insbesondere deshalb, da seitens des Landes Hessen den Schulen die Möglichkeit gegeben wurde, Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen von der Einschulung zurückzustellen. Mit dem 2. Halbjahr 2002 hat der EKO begonnen, gemeinsam mit den Freien Kita-Trägern flächendeckend Sprachfördermaßnahmen anzubieten. Die Einführung und Entwicklung weiterer spezieller Angebote (z. B. für Mathematik und Naturwissenschaften) waren Teil des Weiterbildungsprogramms. Seit dem Kindertagesstättenjahr 2007/2008 werden über 1.400 Kinder mit steigender Tendenz mit dem Sprachförderprogramm erreicht. In 2014 erhielten beim EKO ca. 1.950 Kinder Sprachförderung. Im Zuge des Modells Hort / Ganztagsklassen arbeiten Schulen und der EKO intensiv daran, methodisch und inhaltlich ihre Bildungsarbeit aufeinander abzustimmen. Aus Mitteln des Programms „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ des BMFSFJ wurde dieser Prozess im Zeitraum 1.8.2011 bis 31.7.2014 mit insgesamt TEUR 300 gefördert.

Neben den in diesem Zusammenhang zu lösenden organisatorischen und administrativen Aufgaben im pädagogisch-/inhaltlichen Bereich des EKO bleibt es bei der Priorität zur Nach- und Weiterqualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern. Diese sind zumeist qua Ausbildung bzw. bisheriger beruflicher Erfahrung nicht ausreichend vorbereitet, Kinder – insbesondere mit fremden Muttersprachen – beim Spracherwerb der deutschen Sprache sowie in ihrer Bildungsentwicklung intensiv zu unterstützen. D.h., die aufgewendeten Fortbildungs- und Qualifizierungsmittel des EKO müssen weiterhin zur Verfügung stehen. In den nächsten Jahren wird das aufwendige Weiterbildungsprogramm für das gesamte pädagogische Personal durch weniger kostenintensive Maßnahmen der Nachhaltigkeit fortgeführt, um die Kitas auf ihrem Weg hin, zu erfolgreichen Bildungseinrichtungen weiter begleiten zu können. Die Betriebsleitung hatte mit dem Wirtschaftsplan 2014 die notwendigen Mittel hierfür beantragt und von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt bekommen. Die Fortsetzung in 2015 ist gesichert.

Der EKO hatte sich erfolgreich an der Erprobung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans für die null- bis zehnjährigen Kinder in Kooperation zwischen der Mathildenschule und der Kita (4) Mathildenstraße beteiligt. Die Ziele des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans liegen sowohl dem Mitte 2012 abgeschlossenen Weiterbildungsprogramm als auch den Maßnahmen zur Nachhaltigkeit wie dem Leistungsprofil des EKO zu Grunde.

Wesentlichste Aufwandposition des EKO ist der Personalaufwand:

	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Gehälter	15.589	14.125	1.464
Soziale Aufwendungen	3.113	2.835	278
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.281	1.195	86
	<u>19.983</u>	<u>18.155</u>	<u>1.828</u>

1.3. Investitionen

Der im Investitionsplan 2014 geplante Betrag in Höhe von 118 TEUR wurde um 12 TEUR überschritten.

Darstellung der Lage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014

1.4. Vermögenslage

Das Stammkapital wurde entsprechend der Betriebssatzung mit TEUR 2.301 ausgewiesen. Gemäß BilMoG ist eine offene Absetzung des nicht eingeforderten Stammkapitals verpflichtend, d.h. der Ausweis des Stammkapitals beträgt nun EUR 0,00.

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand 01.01.2014 Euro	Verbrauch/ Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2014 Euro
Altersteilverpflichtungen	787.291,00	293.968,00	30.510,00	523.833,00
Noch nicht genommener Urlaub	145.546,21	145.546,21	200.953,19	200.953,19
Gleitzeitguthaben	9.473,95	9.473,95	9.270,91	9.270,91
Jubiläumsrückstellung	171.148,00	52.143,00	7.967,00	126.972,00
	<u>1.113.459,16</u>	<u>501.131,16</u>	<u>248.701,10</u>	<u>861.029,10</u>
Jahresabschlusskosten	24.727,30	24.727,30	27.300,00	27.300,00
Rückzahlung Sprachförderung Freie Träger	11.797,75	11.797,75	0,00	0,00
Sprachförderung Land Hessen	28.000,00	28.000,00	55.000,00	55.000,00
Rückstellung Sprachförderung	600.000,00	79.000,00	0,00	521.000,00
Rückzahlung Integrationskinder	125.000,00	125.000,00	160.000,00	160.000,00
Stadtkasse	100.000,00	100.000,00	0,00	0,00
Ausstehende Rechnungen	4.000,00	4.000,00	1.000,00	1.000,00
Betriebsprüfung	2.250,00	0,00	250,00	2.500,00
Archivierung Geschäftsunterlagen	12.000,00	2.160,00	2.160,00	12.000,00
	<u>2.021.234,21</u>	<u>875.816,21</u>	<u>494.411,10</u>	<u>1.639.829,10</u>

Die Rückstellungen im Personalbereich haben sich aufgrund von Zuführung, Verbrauch und Auflösung um insgesamt TEUR 252 verringert. Die Sonstigen Rückstellungen wurden für mögliche Rückforderungen des Sozialhilfeträgers für Fehlzeiten von Integrationskindern (TEUR 160), für die Rückstellung Sprachförderung (TEUR 55), für die Rückstellung Aufbewahrung (TEUR 12) und für Betriebsprüfungen (TEUR 2) gebildet. Die Drohverlustrückstellung Sprachförderung wird mit TEUR 521 weitergeführt. Die Auflösung in Höhe von TEUR 72 wurde in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

1.5. Finanzlage

Die Liquidität war während des Geschäftsjahres jederzeit gewährleistet. Für die Beurteilung der Finanzlage sind die erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel sowie deren Verwendung von Bedeutung. Die Kapitalflussrechnung stellt Zahlungsströme dar und gibt darüber Auskunft, wie finanzielle Mittel erwirtschaftet und welche Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Die Darstellung erfolgt gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2) des Deutschen Standardisierungsrates (DSR).

Kapitalflussrechnung	2014 TEUR	2013 TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-11.565	-11.287
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+128	+140
./. Gewinn/+ Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	+2	+1
././+ Ab-/Zunahme der Rückstellungen	-381	+283
././+ Zu-/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.018	-2.386
+././. Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+4.711	+8.893
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-11.123	-4.356
./. Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-130	-212
+ Einzahlungen aus Abgängen von Anlagevermögen	0	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-130	-212
+ Einzahlung aus Verlustübernahme	+11.287	+4.764
+ Auszahlung aus Gewinnabführung	0	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+11.287	+4.764
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+34	+196
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+461	+265
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+495	+461

1.6. Ausblick und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Mit dem Personalrat und der Frauenbeauftragten wurde die Umstellung von Hauswirtschaft und Reinigung auf Fremdvergabe verbindlich vereinbart. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen natürlicher Personalfuktuation. Der weitere Stellenabbau verläuft langsam und langfristig.

Im Bereich von Pädagogik und Bildung werden die zusätzlichen Maßnahmen zum Spracherwerb bzw. der Unterstützung von Integration fortgesetzt. Die Stadtverordnetenversammlung stellt hierfür seit 2003 Sondermittel bereit.

Die seit 2005 nicht mehr notwendige Vormittagsbetreuung von Hortkindern hat ca. 250 Halbtags-Kita-Plätze ermöglicht. Obwohl das Angebot nicht bedarfsgerecht ist, muss es zur Deckung der Nachfrage aufgrund des Rechtsanspruches weiterhin vorgehalten werden. Erst mit der Inbetriebnahme der bereits in Umsetzung befindlichen Kita-Neubauten kann dieses Angebot vom Markt genommen werden.

Nach wie vor entstehen dem EKO im Vergleich zu den Freien Trägern im Rahmen der Betriebskostenzuschüsse ungedeckte Kosten wegen seiner besonderen Aufgaben und Verpflichtungen als Öffentlicher Träger der Jugendhilfe. Neben unbeeinflussbaren Deckungsbeiträgen für die Kernverwaltung sind dies insbesondere die Kosten für die Bereitstellung von Integrationsplätzen im Rahmen der Inklusion für Kinder mit besonderen Förderbedarfen. Diese beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2014 auf ca. 503 TEUR. Die Kosten setzen sich zusammen aus Einnahmeverlusten aufgrund der vorgeschriebene Platzreduktion in den Gruppen und zusätzlichen Personalkosten. Hiervon abgesetzt wurde die Kostenbeteiligung des öffentlichen Trägers der Sozialhilfe. Die Verbesserung gegenüber 2013 ist Folge der Neufassung der Rahmenrichtlinie zur Förderung der Plätze in 2014.

1.7. Sonstige Leistungsindikatoren

Um zukünftig Risiken und Veränderungen durch Jahresvergleiche besser erkennen zu können, hat die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Heim & Honermeier wenige, aber aussagekräftige Leistungsindikatoren entwickelt:

2.4.1. Pädagogischer Personalbesatz (1)

Diese Kennziffer weist das Verhältnis zwischen tatsächlich angebotenen Kindbetreuungsstunden und eingesetzten pädagogischen Personalstunden aus. Anders ausgedrückt: Wie viele Kindbetreuungsstunden fallen anteilig auf eine Erzieherinnenstunde. (Jahressumme der Kindbetreuungsstunden / Jahressumme der Bruttoarbeitsstunden aller Erzieherinnen im Gruppendienst).

Dieser Indikator lässt sowohl einen Rückschluss auf die pädagogische Qualität i.S. einer Grundausstattung als auch die Kostenstruktur wie `Produktivität` zu, da das Personal den mit Abstand größten Kostenblock der pädagogischen Betriebskosten ausmacht. Außerdem könnte mit seiner Hilfe die Ausstattung Freier Träger mit der des EKO verglichen werden, sofern von dort die Daten vorlägen.

Die folgende Tabelle vergleicht die Jahre 2002 bis 2014

A	B	C	D
Jahr	Kindbetreuungsstunden	Bruttoarbeitsstunden	Indikator (B/C)
2002	2.791.905	401.966	6,95
2003	2.779.169	420.723	6,61
2004	2.908.633	430.109	6,76
2005	3.020.410	440.287	6,86
2006	3.391.167	450.733	7,52
2007	3.424.979	453.337	7,55
2008	3.597.177	444.248	8,10
2009	3.729.026	507.304	7,35
2010	4.094.292	511.656	8,00
2011	4.345.406	526.289	8,26
2012	4.498.733	556.943	8,08
2013	4.912.071	560.087	8,77
2014	6.211.604	586.257*	10,60

*Enthält 1236 Erzieherinnenstunden aus Fremdfirmeneinkauf

Der Kennziffernvergleich 08/09 zeigt, dass sich die qualitative Versorgung der Kinder statistisch verbessert hatte. Auf eine Erzieherinnenstunde kamen 0,75 Kindbetreuungsstunden

weniger. Die Kennziffer lag noch immer über dem Referenzwert 2002, d.h. die qualitative Ausstattung war 2009 unter dem Niveau 02. Einflusswerte sind und waren die Auslastungsschwankungen der Einrichtungen sowie Schwankungen bei der Nachbesetzung von freien Stellen. In 2009 hatte sich bereits der zunehmende Erzieherinnenmangel ausgewirkt. Insbesondere befristete Stellen konnten und können oft über einen längeren Zeitraum nicht besetzt werden. Trotzdem führte die verbesserte Stellenplansituation 2009 (z.B. Springerstellen) zu einer Steigerung der päd. Qualität im Sinne dieses Indikators.

Von 2009 nach 2010 hatte sich die qualitative Versorgung der Kinder statistisch verschlechtert. Der zwischenzeitlich schwierigere Arbeitsmarkt bei der Suche nach Erzieherinnen hatte sich im Jahresmittel bereits negativ ausgewirkt. Diese Entwicklung setzte sich in 2011 fort. Der Wert lag damit über dem bis dahin schlechtesten Wert aus dem Jahr 2008.

Trotz der schwierigen Arbeitsmarktsituation in 2012 und der Notwendigkeit einer Wiederbesetzungssperre von Oktober bis Dezember 2012, um das Personalbudget einhalten zu können, konnte der Personalbesatz gegenüber 2011 geringfügig gesteigert werden. Trotzdem bleibt es der drittschlechteste Wert seit 2002. Seit 2002 zeigt sich damit trotz Schwankungen eine Tendenz der kontinuierlichen Senkung des Personalbesatzes, sprich der pädagogischen Qualität. Diese Tendenz setzt sich fort. Der Wert 2014 ist unter dem Gesichtspunkt personeller Ausstattung als wesentlicher Qualitätsindikator der bisher schlechteste seit 2002. Auf eine Erzieherinnenstunde fielen 1,83 Kindbetreuungstunden mehr als 2013. Gegenüber 2002 eine Verschlechterung um 3,65 Stunden.

Unter betriebswirtschaftlichen Aspekten bedeutet dies eine kontinuierliche Steigerung der Produktivität wie eine Verbesserung der Kostenstruktur. Von 2013 nach 2014 ist eine weitere Verbesserung zu beobachten. Seit 2002 stieg die Produktivität um 1,83 Punkte.

2.4.2. Personalkosten pro Betreuungsstunde (2)

Dieser Wert dient als Indikator für die Kostenentwicklung des EKO, da die Personalkosten bei weitem den größten Kostenblock der Aufwendungen ausmachen und zum anderen die beeinflussbarste Größe darstellen, wenn von Qualitätskriterien der Grundausrüstung abgesehen wird. (Jahressumme Bruttoarbeitgeberkosten Personal gesamt / Jahressumme Kindbetreuungstunden):

Die folgende Tabelle vergleicht die Jahre 2002 bis 2014:

A	B	C	D
Jahr	Bruttoarbeitgeberkosten	Kindbetreuungstunden	Indikator (B/C)
2002	10.227.162,00	2.791.905	3,66
2003	10.704.494,00	2.779.169	3,85
2004	11.247.989,71	2.908.633	3,867
2005	11.696.484,42	3.020.410	3,872
2006	12.450.604,80	3.391.167	3,671
2007	12.444.404,57	3.424.979	3,633
2008	13.354.354,77	3.597.177	3,712
2009	14.484.415,10	3.729.026	3,884
2010	16.127.014,62	4.094.292	3,938
2011	17.083.783,90	4.345.406	3,931
2012	17.731.231,78	4.498.733	3,941
2013	18.154.788,81	4.912.071	3,696
2014	20.014.781,74*	6.211.604	3,222

* Enthält 31.897,16 € für 1236 Erzieherinnenstunden aus Fremdfirmeneinkauf

Der Anstieg der Kosten für Personal an einer Kindbetreuungsstunde von 2002 nach 2003 begründete sich sowohl in den Tarifierhöhungen wie der unter (2.4.1) kenntlich gemachten qualitativen Verbesserung. Der geringe Anstieg von 2003 nach 2004 ist ausschließlich in den Tarifierhöhungen begründet, da der Personalbesatz (Indikator) leicht gesunken ist. Der Anstieg von 2004 nach 2005 um 0,005 entspricht einer prozentualen Steigerung von 0,13%. Dies zeigt, dass die Tarifierhöhungen sowie höhere Kosten für die Zusatzversorgung aufgrund des geringeren Personalbesatzes (Indikator) zum Teil kompensiert werden konnten. Die Senkung der Kosten von 2005 nach 2006 für Personal an einer Kindbetreuungsstunde um 5,19% ist die Folge der Verringerung des Personalbesatzes (vgl. 2.4.1) und geringer Tarifsteigerungen. Die geringfügige Kostensenkung von 06 nach 07 um 0,038 Punkte war das Ergebnis der unter Indikator erläuterten geringfügigen Verschlechterung der Personalausstattung sowie geringer Tarifsteigerungen. Der Wert lag erstmals unter dem Referenzwert aus 2002.

Die Steigerung der Kosten für Personal (10,76%) von 2007 nach 2008 an einer Kindbetreuungsstunde war Ergebnis der Tarifsteigerung in 2008 sowie der Auswirkungen der Tarifstruktur des TVöD.

Nachträglich wurde hier der Betrag um die gebildete Rückstellung im Jahr 2008 in Höhe von TEUR 1.122 verringert, da nun die Kennzahlen ein unverfälschtes Bild ergaben.

Die Steigerung um 4,634% der Personalkosten pro Betreuungsstunde in 2009 war einerseits Ergebnis der Tarifsteigerung und andererseits Ausdruck einer insgesamt gesteigerten Personalbemessung in 2009. Hier sind insbesondere die für das Weiterbildungsprogramm geschaffenen Springerstellen.

Die Steigerung der Personalkosten pro Betreuungsstunde von 2009 nach 2010 um nur 1,390% war dem Rückgang des pädagogischen Personalbesatzes geschuldet. Die Verbesserung der Ausstattung des Stellenplans sowie die Verteuerung des Tarifvertrages hätte eine erheblich stärkere Steigerung der Personalkosten pro Betreuungsstunden erwarten lassen.

Die Personalkosten pro Betreuungsstunde in 2011 gegenüber 2010 sanken geringfügig. Dies war unter Bezug auf den Indikator ein zu erwartender Wert. Hier gilt, was bereits in 2010 zu verzeichnen war. Der Effekt war in 2011 stärker als in 2010.

Die Personalkosten pro Betreuungsstunde in 2012 gegenüber 2011 stiegen geringfügig an. Dies steht im Zusammenhang mit der geringen Steigerung des Personalbesatzes (Indikator 1).

Die Personalkosten pro Betreuungsstunde verzeichneten in 2013 den viertbesten Wert seit 2002. Nur die Jahresergebnisse 2002, 2006 u. 2007 lagen unter dem Wert 2013. Die Personalkosten pro Betreuungsstunde fielen um 6,217 % gegenüber 2012. Der Zusammenhang mit Indikator (1) war evident.

Die Personalkosten pro Betreuungsstunde verzeichneten in 2014 den besten Wert seit 2002. Die Personalkosten pro Betreuungsstunde fielen um 12,825 % gegenüber 2013. Der Effekt steht in keinem Zusammenhang mit tariflichen Veränderungen. In 2014 waren ca. 560 T€ Mehraufwand aufgrund von Tarifsteigerungen zu finanzieren. Auch wurden keine Veränderungen der Personalschlüsselvorgaben vorgenommen. D.h., der Effekt ist im Wesentlichen der Arbeitsmarktsituation und der damit verbundenen Unterbesetzung gegenüber Stellenplan und Stundenzuweisungen nach Personalschlüssel geschuldet.

2.4.3. Bruttoumsatz pro Betreuungsstunde (3)

Gibt die Kosten pro Betreuungsstunde an. Dieser Indikator kann zur Beobachtung der Kostenentwicklung und Produktivität genutzt werden.

Anlage 4/Blatt 10

Die folgende Tabelle vergleicht die Jahre 2002 bis 2014

A	B	C	D
Jahr	Aufwendungen	Kindbetreuungsstunden	Indikator (B/C)
2002	13.510.453,00	2.791.905	4,84
2003	12.775.084,00	2.779.169	4,60
2004	13.543.899,31	2.908.633	4,656
2005	13.943.666,84	3.020.410	4,616
2006	14.895.158,78	3.391.167	4,392
2007	14.949.211,90	3.424.979	4,365
2008	17.560.681,86	3.597.177	4,882
2009	17.932.770,72	3.729.026	4,809
2010	20.499.403,18	4.094.292	5,007
2011	21.921.821,10	4.345.406	5,045
2012	22.576.257,48	4.498.733	5,018
2013	23.798.797,14	4.912.071	4,845
2014	25.226.034,57	6.211.604	4,061

Der Effekt der Kostensenkung pro Betreuungsstunde von 2002 nach 2003 war der Herausnahme der Gebäudekosten aus der GuV geschuldet. Der geringfügige Anstieg von 2003 nach 2004 war im Wesentlichen durch allgemeine Preis- und Tarifierhöhungen verursacht. Die Kosten pro Betreuungsstunde sanken in 2006 gegenüber 2005 um 4,85 % vor allem aufgrund des verringerten Personalbesatzes. Die Kosten pro Betreuungsstunde sanken in 2007 gegenüber 2006 geringfügig u.a. aufgrund des anteilig verringerten Personalbesatzes. Sie liegen unter dem Referenzwert von 2003. Die Kosten pro Betreuungsstunde stiegen in 2008 erstmals gegenüber dem Referenzwert 2004. Dies war den allgemeinen Preissteigerungen und insbesondere der Tarifierhöhung geschuldet.

Die Kosten pro Betreuungsstunde sind in 2009 gegenüber 2008 wieder gesunken.

Die Kosten pro Betreuungsstunden 2010 waren gegenüber 2009 höher. Dies war insbesondere den hohen Aufwendungen für die Weiterbildung aller Erzieherinnen geschuldet.

Gegenüber 2010 stiegen die Kosten pro Betreuungsstunden in 2011 lediglich um 0,77 %. Dies trotz der hohen Ausgaben für Weiterbildung und periodenfremder Aufwendungen aus den Jahren 2008-2010 (TEUR 226).

Von 2011 nach 2012 sind die Kosten pro Betreuungsstunde wieder gesunken. Der Wegfall des Kostenblocks Weiterbildung sowie die Entwicklungen der Indikatoren 1 und 2 sind Ursache für diese positive Entwicklung der Produktivität. Seit 2002, also über 10 Jahre hinweg, entspricht dies einer Gesamtsteigerung von 17,8% der Kosten pro Betreuungsstunde. Inflationbereinigt lässt sich damit feststellen, dass die Kosten in diesen 10 Jahren strukturell nicht unerheblich gesenkt werden konnten.

Von 2012 nach 2013 sind die Kosten pro Betreuungsstunde erneut gesunken. Sie liegen unter dem Wert von 2008. Dies trotz Preis- und Tarifsteigerungen.

Von 2013 nach 2014 sind die Kosten pro Betreuungsstunde erneut und erheblich gesunken. Sie liegen unter dem Bestwert von 2003. Dies trotz Preis- und Tarifsteigerungen. Die entspricht einer Verbesserung der Kostenstruktur gegenüber dem Höchstwert aus 2011 um 19,504 %.

D.h., nach wie vor wird das Ziel der Optimierung von Produktivität und Effizienz erfolgreich verfolgt. Letztlich aber auch zu Lasten der pädagogischen Qualität. Siehe hierzu Indikator 1.

2.4.4. Ertrag pro Betreuungsstunde (4)

Dieser Indikator zeigt positive oder negative Entwicklungen der Ertragslage an.

Die folgende Tabelle vergleicht die Jahre 2002 bis 2014

A	B	C	D
Jahr	Erträge	Kindbetreuungsstunden	Indikator (B/C)
2002	12.918.847,00	2.791.905	4,63
2003	13.090.771,00	2.779.169	4,71
2004	13.809.937,79	2.908.633	4,75
2005	14.763.082,71	3.020.410	4,89
2006	16.148.277,19	3.391.167	4,76
2007	16.480.795,23	3.424.979	4,81
2008	18.499.606,38	3.597.177	5,14
2009	19.670.225,04	3.729.026	5,27
2010	21.514.656,52	4.094.292	5,25
2011	22.985.321,21	4.345.406	5,29
2012	17.812.726,27	4.498.733	3,96
Nachrichtlich Kennziffer inkl. BKZ 2. Halbjahr 2012:			
2012	24.494.742,69	4.498.733	5,44
Abschluss 2013			
2013	12.511.458,06	4.912.071	2,55
Nachrichtlich Kennziffer inkl. BKZ 2013:			
2013	26.952.447,05	4.912.071	5,49
Abschluss 2014			
2014	13.661.448,53	6.211.604	2,20
Nachrichtlich Kennziffer inkl. BKZ 2014			
2014	29.250.953,38	6.211.604	4,71

Die Ertragslage 2009 war die beste seit Einführung der Kennziffern. Die noch immer relativ hohe Doppelbelegung ehemaliger Ganztagsplätze im Hortbereich sowie die anteilige Entlastung gemäß § 90 SGB VIII auch für das Essensgeld wirkte sich auf die Ertragslage positiv aus.

Die geringfügig verschlechterte Ertragslage in 2010 war den normalen Schwankungen bei der Platzbelegung geschuldet. Sie bedarf aufgrund ihrer Geringfügigkeit keiner besonderen Begründung.

Die Ertragslage hatte sich in 2011 gegenüber dem Bestwert in 2009 um ca. 0,4% gesteigert. Sie hält sich damit relativ stabil auf dem erreichten Niveau. Die Geringfügigkeit der Schwankung bedarf keiner besonderen Betrachtung.

Die Ertragslage 2014 weist wie schon der Jahresabschluss 2012 u. 2013 im buchhalterischen Ergebnis einen massiven Einbruch nach unten aus, da der EKO durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ab 1.7.2013 keine Betriebskostenzuschüsse (BKZ) gem. Richtlinie der Stadtverordnetenversammlung mehr erhalten kann. Zum fortlaufenden Vergleich der Kennziffern sind in der letzten Tabellenzeile die Werte unter Hinzurechnung der entgangenen BKZ (15.589.504,85 €) 2014 dargestellt. Damit wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Wert unterhalb des Mittelwertes von 4,95 über die Jahre 2002 bis 2013 gerechnet erzielt.

2.4.5. Kostendeckungsgrad (5)

Der Verhältniswert aus den Indikatoren (3) u. (4) zeigt die Veränderungen des Kostendeckungsgrades.

Die folgende Tabelle vergleicht 2002 bis 2014

A	B	C	D
Jahr	Aufwand/Betreuungsstunde - Indikator (3)	Ertrag/Betreuungsstunde - Indikator (4)	Kostendeckungsgrad (B/C)
2002	4,840	4,63	1,04536
2003	4,600	4,71	0,97664
2004	4,656	4,75	0,98
2005	4,616	4,89	0,944
2006	4,392	4,76	0,92269
2007	4,365	4,81	0,90748
2008	4,882	5,14	0,94981
2009	4,809	5,27	0,912
2010	5,007	5,25	0,953
2011	5,045	5,29	0,954
2012	5,018	5,44	0,92
2013	4,845	5,49	0,8825
2014	4,061	4,71	0,8622

Bei Werten über Eins zeigt dieser Indikator die Verlustsituation des EKO an. Je höher der Wert die Eins übersteigt je geringer ist der Deckungsgrad bzw. je höher ist der Verlust pro abgebildeter Betreuungsstunde. Bei Werten unter Eins umgekehrt. Der Überschuss in 2004 sank gegenüber 2003 geringfügig. Die Ertragssteigerung pro Betreuungsstunde kompensierte nicht die erhöhten Aufwendungen. Der Kostendeckungsgrad 2005 konnte sowohl gegenüber 2003 als auch 2004 verbessert werden. Gegenüber 2003 entsprach dies einer Verbesserung um 3,342%. Der Kostendeckungsgrad konnte 2006 weiter verbessert werden. Gegenüber 2005 um 2,257 % und gegenüber 2003 um 5,524 %. Das Geschäftsjahr 2007 wies den besten Kostendeckungsgrad seit dem Referenzjahr 2003 aus. Gegenüber 2003 konnte der Wert um 7,08 % verbessert werden. Von 2007 nach 2008 hat sich der Kostendeckungsgrad um 4,599 % verschlechtert. Er lag jedoch noch immer über dem Referenzjahr 2003. Das Geschäftsjahr 2009 wies den bisher zweitbesten Kostendeckungsgrad seit dem Referenzjahr 2003 aus. Der Aufwand pro Betreuungsstunde sank bei gleichzeitiger Ertragssteigerung.

Da der Ertrag pro Betreuungsstunden leicht gesunken und gleichzeitig der Aufwand pro Betreuungsstunden in 2010 angestiegen war, war der Kostendeckungsgrad geringer als in 2009, aber noch immer der viertbeste Wert seit dem Referenzjahr 2003.

Der Kostendeckungsgrad 2011 hatte sich gegenüber 2010 sehr geringfügig verschlechtert. Unter Berücksichtigung der Sonderbelastungen aus periodenfremden Zahlungen und den Sonderaufwendungen für das Weiterbildungsprojekt stellt dies eine nicht näher zu begründende oder zu untersuchende Schwankung dar. Unter Vernachlässigung der periodenfremden Zahlungen ergäbe sich keine Verschlechterung.

Der Kostendeckungsgrad 2012 wurde aus den Kennziffern unter Hinzurechnung der entgangenen BKZ für das 2. Halbjahr 2012 gerechnet, da sich sonst kein interpretierbarer Vergleichswert ergäbe. Der Kostendeckungsgrad 2012 war der drittbeste seit 2002. Gegenüber 2011 hat er sich verbessert.

Der Kostendeckungsgrad 2013 wie 2014 wurde aus den Kennziffern unter Hinzurechnung der entgangenen BKZ für das Jahr 2013 sowie 2014 gerechnet, da sich sonst kein interpretierbarer Vergleichswert ergäbe. Der Kostendeckungsgrad 2013 war der beste seit 2002. Gegenüber 2012 konnte der Wert um 4,076 % verbessert werden. Der Wert 2014 weist eine erneute Verbesserung gegenüber 2013 aus.

2.4.6. Bereinigtes Jahresergebnis zum Vergleich mit den freien Trägern

Ziel des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, den EKO in gleicher Weise wie die freien Träger zu finanzieren, war es, die Angebote und Kosten des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe mit denen der freien Träger fair vergleichen zu können.

Die folgende Tabelle zeigt, dass ein für den Vergleich bereinigtes Ergebnis 2014 einen beachtlichen Überschuss ausweisen würde:

1	Ergebnis 2014 nach GuV	- 11.564.586 €
1a	Entgangene BKZ 2014	15.589.505 €
2	Entgangene BKZ für Gebäudekosten	1.176.129 €
3	Gebäudekosten	- 2.126.386 €
4	Ergebnis GuV (bereinigt (gem. 1a) inkl. Gebäudekosten)	3.074.662 €
5	Ungedeckte Kosten sowie Einnahmeverluste für Einzelintegration	503.073 €
6	Mindereinnahmen aus Landeszuschüssen	410.320 €
7	Noch nicht realisierbares Einsparpotential Hauswirtschaft u. Reinigung	20.000 €
8	Bereinigtes Ergebnis zum Echtvergleich mit freien Trägern	4.008.055 €

Erläuterungen zu:

- (1a) Das Ergebnis 2014 nach GuV wie ausgewiesen (1) ist um die entgangenen BKZ 2014 zu bereinigen.
- (2) Die Betriebskostenzuschüsse an freie Träger beinhalten einen Förderanteil für Gebäudekosten, der dem EKO nicht ausgezahlt wird, da die Gebäudekosten von diesem nicht getragen werden. Da für das bereinigte Geschäftsergebnis die Gebäudekosten (3) veranschlagt werden, ist der entgangene BKZ-Anteil für Gebäudekosten dem Betriebsergebnis wieder zuzurechnen.
- (3) Das Ergebnis 2014 nach GuV (1) beinhaltet keine Gebäudekosten. Das Ergebnis der GuV ist daher um die in 2014 entstandenen Kosten für Betrieb und Unterhaltung der vom EKO genutzten Gebäude zu reduzieren. In 2014 wurden hierfür 2.126.385,76 EUR aufgewendet.
- (4) Das um die Gebäudekosten bereinigte Jahresergebnis 2014 für den EKO.
- (5) Der EKO ist als öffentlicher Träger der Jugendhilfe verpflichtet, den Rechtsanspruch von behinderten Kindern auf Einzelintegration zu gewährleisten. Da die Kostenerstattung des Sozialhilfeträgers sowie die Zuschüsse nach dem Kindergartengesetz die dem Träger entstehenden Kosten nicht vollständig ersetzen, werden Einzelintegrationsplätze fast ausschließlich vom EKO angeboten. Das Jahresergebnis ist deshalb um diese außerordentliche – bei den freien Trägern in diesem Ausmaß nicht vorkommende – Belastung zu bereinigen. Die zusätzlichen Aufwendungen für Einzelintegrationsplätze sind: Die entgangenen Elternbeiträge und Betriebskostenzuschüsse aufgrund der vorgeschriebenen Platzreduktion sowie zusätzliche Personalkosten gemäß Förder Richtlinien. In 2014 betrug diese Mehrbelastung 503.073,10 €.
- (6) Aufgrund der Schlechterstellung kommunaler Kindertagesstätten gegenüber den Einrichtungen freier Träger im Rahmen der Förderung nach dem HessKiFöG hat der EKO in 2014 bezogen auf sein Angebot eine um den oben ausgewiesenen Betrag geringere Förderung erhalten.

- (7) Die Umstellung auf ausschließlich Fremdleistung für Hauswirtschaft und Reinigung ist noch nicht abgeschlossen, da betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind und eigenes Personal nur auf dem Weg natürlicher Fluktuation abgebaut werden kann. In diesem Kostenblock steckt noch ein Potential zur Kostensenkung in Höhe von ca. 20 TEUR.
- (8) Hätte der EKO die gleichen Förderbedingungen wie die freien Träger, keine Gewährleistungsverpflichtung als öffentlicher Träger der Jugendhilfe sowie keinerlei betriebswirtschaftliche Altlasten, wäre in 2014 ein Geschäftsergebnis in dieser Größenordnung möglich gewesen.

2.4.7. Personalentwicklung

Gezeigt wird die durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Personen:

	2014 <u>Personen</u>	2013 <u>Personen</u>	Ab- <u>weichung</u>
Beamte	1	1	0
Angestellte	452	430	22
Praktikanten	<u>42</u>	<u>34</u>	<u>8</u>
	<u>495</u>	<u>465</u>	<u>30</u>

2. Prognosebericht: Voraussichtliche Entwicklung von Chancen und Risiken

2.1. Grundaussagen zur Unternehmensentwicklung

Um den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz in 2014 jederzeit erfüllen zu können, musste der EKO die Belegung der Einrichtungen bis zur rechtlich möglichen Grenze vornehmen. Auf Grund dieser Notwendigkeit lag die durchschnittliche Auslastung knapp unter 100% im Jahresmittel. Der weitere Platzausbau von Kindergartenplätzen im Gesamtsystem der Jugendhilfe wird die Situation erst mittelfristig entspannen, da die Jahrgangspopulationen in der Altersgruppe drei Jahre bis Einschulung weiter wachsen werden.

Zum 1. Januar 2005 trat die Novellierung des SGB VIII hinsichtlich der zukünftigen Aufgaben des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe im Rahmen der Betreuung und Bildung von Kindern in Kraft. Zukünftig verlangt der Gesetzgeber sowohl vom Öffentlichen Träger der Jugendhilfe wie von den Freien Trägern die Gewährleistung qualitativ hochwertiger und erfolgreicher Bildungsarbeit. Dies bedeutet neben der Bestätigung der bisherigen Unternehmenspolitik des EKO zukünftig die kontinuierliche Steigerung der pädagogischen Qualität, um dem gesetzlichen Normanspruch bezogen auf den Bildungsauftrag gerecht zu werden. Die Betriebsleitung hat mit dem Jahr 2008 die Einleitung intensiver Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen vorgeschlagen und eingeleitet. Hierfür wurden erhebliche Mittel bereitgestellt. Das Programm wurde Mitte 2012 abgeschlossen. Maßnahmen zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Erreichten wurden eingeleitet und werden die nächsten Jahre fortgesetzt.

Die programmatisch angestrebte, aber derzeit aufgrund des Nachfrage-/Angebotsdifferentials in absehbarer Zukunft nicht zu erwartende, Reduktion der Gruppenstärke bedeutete für die betriebswirtschaftliche Entwicklung des EKO bei gleichbleibendem Finanzierungsmodell neue Risiken bezogen auf das Betriebsergebnis. Bei einer angenommenen Gruppenstärke von zukünftig 22 Kindern pro Gruppe wären Einnahmeausfälle in der Höhe von mehr als EUR 1,6 Mio. zu erwarten. Es bleibt abzuwarten, ob seitens der politischen Entscheiderinnen und Entscheider statt mit einer Gruppenreduktion über einen verbesserten Personalschlüssel die qualitativen Rahmenbedingungen verbessert werden sollen. Auch dies würde weitere im derzeitigen Finanzierungsmodell nicht gedeckte Kosten für den EKO zur Folge haben.

Das seit 2014 geltende HKJGB und die damit verbundene Novellierung der Betriebskostenzuschüsse ab voraussichtlich 2016 wie Veränderungen der Kostenstrukturen werden spätestens ab 2016 zu derzeit noch nicht bezifferbaren Risiken und Veränderungen führen.

Der Ausbau des Modells Ganztagsklassen gemeinsam mit den Grundschulen soll fortgesetzt werden. Ein Modellversuch hierzu wurde beim Kultusministerium des Landes Hessen beantragt. Das Kultusministerium hat einerseits das Offenbacher Modell als vorbildlich qualifiziert, ist aber andererseits nicht bereit, sich an einem Modellversuch und der dafür notwendigen personellen Ausstattung zu beteiligen. Zwischenzeitlich hat das Land Hessen die Erprobung eines von kommunaler und Landesseite gemeinsam zu finanzierendes Programms zur Nachmittagsbetreuung in Grundschulen in der Erprobung an ausgewählten Standorten. Die derzeitige Struktur der Finanzierung birgt erhebliche Risiken für den Erhalt des Offenbacher Ganztagsklassenmodells. Die Ergebnisse der Pilotphase müssen abgewartet werden.

Das Modell birgt für den EKO betriebswirtschaftliche Risiken insofern, als durch die Betriebskostenzuschüsse nicht abgedeckte zusätzliche Koordinationsstunden bereitgestellt werden und die Gruppengrößen sich an den Größen der Grundschulklassen orientieren müssen, die nicht immer die Gruppenstärke von 25 erreichen und damit erhebliche Einnahmeausfälle verursachen.

Ab Herbst 2014 - zum Schuljahr 2014/15 - wurden an der Beethovenschule zwei weitere Ganztagsklassen in der Jahrgangsstufe 3 eingerichtet. D.h., es sollen dort in der Endausbaustufe 200 weitere Hortplätze entstehen.

2.2. Risikomanagement

Mit dem bestehenden Planungswesen und der laufenden Plan-Ist-Kontrolle sind Instrumente vorhanden, die gewährleisten, dass bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt werden. Insbesondere werden die Personalkosten, die Einnahmen und der Stellenplan mittels regelmäßiger Hochrechnungen und Soll/Ist-Vergleiche eng überwacht. Kleinere und dezentral verwaltete Budgets sowie der Einkauf zur Essensproduktion sind budgetiert. Der Budgetverbrauch wird vierteljährlich überprüft. Die Besonderheit des Betriebszweckes, nämlich Pflichtaufgaben des Öffentlichen Trägers der Jugendhilfe wahrzunehmen, ist bei der Betrachtung möglicher Risiken zu berücksichtigen.

In 2015 ist geplant, das spezielle Weiterbildungsprogramm für alle Erzieherinnen und Erzieher hinsichtlich der Qualitätsentwicklung der Sprachförderung fortzusetzen und eventuell zu intensivieren. Hierfür werden auch in 2015 erhebliche Aufwendungen entstehen.

3. Sonstige Angaben

Um die Körperschaftssteuerfreiheit zu gewährleisten werden in 2015 Änderungen der Satzung des EKO vorgenommen werden. Die notwendigen Vorarbeiten sind durch die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Finanzverwaltung der Stadt Offenbach in Arbeit.

Zum 1.1.2014 ist das novellierte HKJGB in Kraft getreten. Ab Herbst 2015 entfallen die Übergangsregelungen. Ab dann sind alle neu gesetzten Standards einzuhalten. Dieses bringt erhebliche Veränderungen der Finanzierung durch das Land Hessen sowie Veränderungen der Vorgaben für Personalschlüssel wie Gruppengrößen. Die wirtschaftlichen Folgen für den EKO sind noch nicht präzise absehbar. Die Betriebsleitung muss jedoch davon ausgehen, dass in 2015 im Wirtschaftsplan nicht vorgesehene Ausgabensteigerungen bzw. Einnahmeverluste eintreten können.

4.1 Nachtragsbericht

Weitere wesentliche Vorgänge nach dem Schluss des Geschäftsjahres oder Sachverhalte, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Bedeutung sein könnten, liegen nicht vor.

Offenbach am Main, den 07.04.2015
Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach

Dorenburg
Betriebsleiter